Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Ratsmitglied

Der 1. stellvertretende Bürgermeister, Herr Udo Bonk, eröffnet die heutige Sitzung der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils weist Herr Bonk darauf hin, dass Herr Sebastian Kröger von MV digital darum gebeten habe, zeitweise die Sitzung aufzeichnen zu dürfen.

Auf Befragen stellt Herr Bonk fest, dass es hiergegen keine Bedenken gibt.

Herr Bonk merkt ferner an, dass Herr Heinz Jansen am 31.10.2015 verstorben sei. Er sei über 28 Jahre Mitglied des Rates der Stadt Rheine gewesen und habe sich während dieser Zeit insbesondere für die Stadtentwicklung und -planung engagiert. Er lässt in einer Schweigeminute des Verstorbenen gedenken.

Anschließend führt Herr Bonk aus, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag zum Tagesordnungspunkt 7 „Änderung der Satzung der Stadtparkasse“ wieder zurückgezogen habe, sodass dieser von der Tagesordnung abzusetzen sei.

Ferner sei der Tagesordnungspunkt 17 „Feststellung des Jahresabschlusses 2014“ von der Tagesordnung abzusetzen, weil der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 27.10.2015 die Vorberatung dieses Punktes wegen noch zu ergänzender Unterlagen nicht hätte abschließen können.

Auch der Tagesordnungspunkt 20 „Nahversorgungskonzept für die Stadt Rheine“ sei von der Tagesordnung abzusetzen, da der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 28.10.2015 den Empfehlungsbeschluss bis zur nächsten Sitzung vertagt habe.

Abschließend verweist Herr Bonk auf die am Montag nachgereichte Nachtragsvorlage 417/15 „EFRE-Projekt Energieautarker Stadtumbau“ die als zusätzlicher Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen sei. Die Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung sei in der Vorlage begründet.

Da die finanziellen Auswirkungen durch den (Mindest-) Eigenanteil bereits Bestandteil der Ratsvorlage „Wirtschaftsplanung EWG 2016“ sei, schlägt er wegen der Abhängigkeit beider Punkte voneinander vor, die Nachtragsvorlage vor dem TOP EWG-Wirtschaftsplan als neuen TOP 19 zu beraten. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sich dann um jeweils einen Punkt nach hinten verschieben.

Die Ratsmitglieder beschließen einstimmig die v. g. Änderungsvorschläge zur Tagesordnung.

Öffentlicher Teil:

1. Vereidigung und Amtseinführung des Bürgermeisters Dr. Peter Lüttmann Vorlage: 347/15

0:06:40

Der 1. stellvertretende Bürgermeister, Herr Udo Bonk, berichtet über die Bürgermeisterwahl am 13. September 2015, bei der Herr Dr. Peter Lüttmann 76 % der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten habe. Herr Dr. Lüttmann sei damit mit Wirkung vom 21. Oktober 2015 für die nächsten 5 Jahre zum Bürgermeister der Stadt Rheine gewählt.

Herr Bonk vereidigt gem. § 65 Abs. 3 GO Herrn Dr. Lüttmann und führt ihn in das Amt des Bürgermeisters ein. Als äußeres Zeichen der Amtsübernahme legt er Herrn Dr. Lüttmann die Bürgermeisterkette um und überreicht ihm einen Blumenstrauß verbunden mit den besten Wünschen für das neue Amt zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine.

Über die Vereidigung wurde eine eigenständige Niederschrift erstellt.

Herr Dr. Lüttmann gibt anschließend die folgende persönliche Erklärung ab:

*„Liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Damen und Herren,
meine liebe Familie,*

ich möchte die Gelegenheit nutzen, in meiner ersten Ratssitzung als Bürgermeister der Stadt Rheine eine kurze persönliche Erklärung abzugeben.

Viele von Ihnen können sich sicher vorstellen, dass das ein ganz besonderer Moment für mich ist. Nicht nur, weil ich 1988 in diesem Rathaus als junger Inspektoranwärter meine Ausbildung begonnen habe und nun wieder an den Ort zurückkehre, an dem ich meine ersten beruflichen Erfahrungen gesammelt habe.

Das Wahlergebnis ist für mich ein enormer Vertrauensvorschuss, den es jetzt einzulösen gilt.

Ich bedanke mich bei allen, die mir Ihre Stimme am 13.9. gegeben haben. Die nächsten 5 Jahre werde ich hart dafür arbeiten, dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen.

Die nächsten 5 Jahre werde ich aber auch dazu nutzen, auch diejenigen zu überzeugen, die mich nicht gewählt haben.

Ich werde die Zeit auch dazu nutzen, um vor allem auch diejenigen Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, die erst gar nicht zur Wahl gegangen sind. Das ist die deutlich größte Gruppe. Eine schlechte Wahlbeteiligung ist für mich Ansporn, um die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr für Demokratie zu begeistern.

Alle können aber sicher sein, dass ich mich stets mit Herz und Leidenschaft für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt einsetzen werde.

Die Herausforderungen, die vor uns stehen und die Probleme, die wir lösen müssen, sind enorm.

Trotz enger finanzieller Grenzen müssen wir in den nächsten Jahren weiter daran arbeiten, dass unser Rheine noch lebenswerter und liebenswerter wird.

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass die Menschen, die aus fremden Ländern bei uns Zuflucht gefunden haben, in unsere Stadtgesellschaft integriert werden.

Ich bin froh, dass es in unserer Stadt ein breites ehrenamtliches Engagement gibt, auf dem wir aufbauen können. Es bietet eine solide Grundlage, um den sozialen Frieden in unserer Stadt zu erhalten. Mich hat es außerordentlich gefreut, dass der Markt der Möglichkeiten in der letzten Woche, bei dem sich Bürgerinnen und Bürger informieren konnten, wie sie angesichts der sog. Flüchtlingskrise mithelfen können, ausgebucht war.

Das ist ein starkes Signal aus der Bürgerschaft, ein Signal voller Optimismus und Toleranz.

Wir sollten alle gemeinsam dabei mithelfen, dass wir dieses Klima in unserer Stadt erhalten.

Wir sollten vermeiden, dieses wichtige Thema für parteipolitische Spielchen zu nutzen.

Es kommt nicht darauf an, wer, wann und wo das beste Zeichen für Toleranz und eine Willkommenskultur setzt.

Es kommt vielmehr darauf an, dass es EIN GEMEINSAMES Zeichen ALLER demokratischen Parteien ist.

Vieles gelingt eben GEMEINSAM besser.

Gemeinsamkeit setzt aber voraus, dass bestimmte Regeln des Anstands und des guten Miteinanders eingehalten werden.

Nicht umsonst habe ich während meines Wahlkampfes mit dem Motto geworben:

*Für ein anderes Miteinander
Gemeinsam Rheine gestalten.*

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir nur so die besten Entscheidungen für Rheine treffen können.

Es geht nicht um Parteiinteressen.

Es geht nicht um persönliche Interessen.

Es geht um Rheine!

Es geht um die Bürgerinnen und Bürger!

Nicht nur ich als Bürgermeister, jedes Ratsmitglied, wir alle sind nur dem Gemeinwohl verpflichtet!

Mir war immer bewusst, dass das Fordern eines anderen Miteinanders ein hoher Anspruch ist.

Es gibt immer noch zu viele Beispiele, die ganz klar gegen dieses neue und andere Miteinander sprechen. Ich bin mir also durchaus bewusst, dass wir hier noch lange nicht am Ziel sind.

Ich werde die nächsten 5 Jahre aber nicht müde werden, dieses andere Miteinander einzufordern und hoffe, möglichst Viele mitzunehmen.

Bürgerschaft, Rat und Verwaltung bilden für mich eine Verantwortungsgemeinschaft.

EINE Gemeinschaft für Rheine!

Damit diese Gemeinschaft für Rheine funktioniert, kommt es auch auf die richtige Arbeitsteilung an.

Dazu gehört, dass wir natürlich ehrenamtliches Engagement fordern können.

Wir dürfen Ehrenamt aber auch nicht überfordern.

Eine richtige Arbeitsteilung benötigen wir aber auch zwischen Rat und Verwaltung.

Hier erkenne ich durchaus eine gewisse Schieflage. Die große Zahl der Gremien, Ausschüsse und Arbeitskreise ist für mich nicht ein Zeichen gelebter Demokratie, sondern eher ein Beleg für ineffiziente Strukturen.

Hier würde ich gerne gemeinsam mit der Politik in die Diskussion kommen, wie wir uns in Zukunft besser aufstellen können. Zu viele Gremien binden zu viele Ressourcen, die Entscheidungen werden nicht dadurch besser, weil sie in möglichst vielen Gremien vorberaten wurden.

Meine Damen und Herren,

an meinem ersten Arbeitstag hier im Rathaus klebte eine Postkarte an meiner neuen Bürotür! Auf der stand:

Nichts ist so beständig wie der Wandel. Meine Vorgängerin im Amt hat sie dort angebracht.

Ich bedanke mich bei Frau Dr. Kordfelder nicht nur für diese Postkarte, sondern auch für die Übergabe der Amtsgeschäfte und vor allem für die Arbeit der letzten 11 Jahre.

Herzlichen Dank Frau Dr. Kordfelder.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung - soweit ich sie schon kennengelernt habe - danke ich für den freundlichen Empfang. Das macht mir Mut, dass wir gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen können.

Meiner Familie danke ich für die bisherige Unterstützung, ohne die ich heute hier nicht stehen würde.

Liebe Mitglieder des Rates,

lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass in diesem Gremium die guten Argumente das nötige Gehör finden. Eine sachliche Auseinandersetzung und eine gute Debattenkultur werden uns dabei helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Ich empfinde es als Privileg, an der Gestaltung unserer Stadt mithelfen zu dürfen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, mit allen Parteien, zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger!

*Auf eine gute Zukunft für Rheine!
Lassen Sie uns GEMEINSAM Rheine gestalten!*

Vielen Dank!"

2. Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung am 29. September 2015

0:19:40

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 29.09.2015 gefassten Beschlüsse

0:20:05

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

4. Informationen der Verwaltung

0:20:25

Es liegen keine Informationen vor.

**5. Prüfung der Gültigkeit der Wahl zum Bürgermeister der Stadt Rheine am 13. September 2015
Vorlage: 381/15**

0:20:30

Beschluss:

Die Ratsmitglieder fassen auf Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses der Stadt Rheine den folgenden Beschluss:

Die Wahl zum Bürgermeister der Stadt Rheine am 13. September 2015 wird für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Besetzung der Gremien der städtischen Gesellschaften und der Verbände, Vereine und sonstigen Institutionen
Vorlage: 357/15**

0:21:20

Beschluss:

I. Stadtparkasse Rheine

Der Rat der Stadt Rheine wählt für den Verwaltungsrat gemäß § 11 SpkG Herrn Dr. Peter Lüttmann zum Vorsitzenden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

II. Aufsichtsräte der städtischen Gesellschaften

1. Stadtwerke Rheine GmbH und Tochterunternehmen

Der Rat der Stadt Rheine bestellt gemäß § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages nachfolgend aufgeführte Personen zu Aufsichtsratsmitgliedern bzw. zu deren persönlichen Vertreter(innen):

Aufsichtsratsmitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann (geborenes Mitglied)	Mathias Krümpel

2. Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH

Der Rat der Stadt Rheine bestellt gemäß § 7 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages nachfolgend aufgeführte Personen zu Aufsichtsratsmitgliedern bzw. zu deren persönlichen Vertreter(innen):

Aufsichtsratsmitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Mathias Krümpel

3. EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH

Der Rat der Stadt Rheine bestellt gemäß § 8 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages nachfolgend aufgeführte Personen zu Aufsichtsratsmitgliedern bzw. zu deren persönlichen Vertreter(innen):

Aufsichtsratsmitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Mathias Krümpel

4. TaT – Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH

Der Rat der Stadt Rheine bestellt gemäß § 14 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages nachfolgend aufgeführte Personen zu Aufsichtsratsmitgliedern bzw. zu deren persönlichen Vertreter(innen):

Aufsichtsratsmitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Mathias Krümpel

5. Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH

Der Rat der Stadt Rheine bestellt gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 des Gesellschaftsvertrages nachfolgend aufgeführte Personen zu Aufsichtsratsmitgliedern bzw. zu deren persönlichen Vertreter(innen):

Aufsichtsratsmitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Mathias Krümpel

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Gesellschafterversammlungen der städtischen Gesellschaften

Der Rat der Stadt Rheine bestellt Herrn Dr. Peter Lüttmann als Vertreter sowie Herrn Mathias Krümpel als dessen persönlichen Stellvertreter in den Gesellschafterversammlungen folgender Unternehmen:

- Stadtwerke Rheine GmbH
- Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
- EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH
- TaT - Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH
- Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH
- Gartenstadt Gellendorf GmbH

Abstimmungsergebnis: einstimmig

IV. Sonstige Gremien

1. Die Ratsmitglieder nehmen davon **Kenntnis**, dass nach den Satzungen der folgenden Gremien die nachstehend aufgeführten Vertreter/innen der Stadt Rheine Kraft Ihres Amtes als in die Organe dieser Gremien entsandt gelten:

a) Verkehrsverein Rheine 1912 e. V. - Vorstand

Vertreter der Stadt Rheine: Dr. Peter Lüttmann

b) Heimatverein Rheine 1877 e. V. - Beirat

Vertreter der Stadt Rheine: Dr. Peter Lüttmann

c) Stiftung zur Förderung von Kloster Bentlage - Kuratorium

Vertreter der Stadt Rheine: Dr. Peter Lüttmann

d) Betreiberverein Bürgerhof Schotthock e. V. - Mitglied

Vertreter der Stadt Rheine: Dr. Peter Lüttmann

Im Falle der Verhinderung nehmen die Vertreter im Amt die Aufgaben wahr.

2. Der Rat der Stadt Rheine benennt die nachstehend aufgeführten Vertreter/innen der Stadt Rheine in folgende Gremien:

a) Stiftung NaturZoo Rheine - Kuratorium

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Mathias Krümpel

b) Mathias-Spital - Kuratorium

Mitglied
Dr. Peter Lüttmann

c) Jakobi Altenzentrum Rheine gGmbH - Kuratorium

Mitglied
Dr. Peter Lüttmann

d) Münsterland e. V. - Mitgliederversammlung

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Leitung Pressereferat o.V.i.A.

e) Deutsch-Niederländische Gesellschaft e. V. - Mitgliederversammlung

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Leitung Pressereferat o.V.i.A.

f) vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. - Mitgliederversammlung

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Jürgen Wullkotte

g) Verein zur Förderung der Abteilung Münster der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NW e. V. - Mitgliederversammlung

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Andreas Richter

h) Gesellschaft der Freunde der Fernuniversität e. V. - Mitgliederversammlung

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	N.N.

i) Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) - Mitgliederversammlung

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Jürgen Grimberg

j) Kommunale Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen - Gruppenversammlung

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Jürgen Grimberg

k) Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V. - Mitgliederversammlung

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Birgit Kösters

l) GVV-Kommunalversicherung, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit - Mitgliederversammlung

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	Christoph Noelke

m) Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe - Verbandsversammlung

Mitglied	Dr. Peter Lüttmann
1. persönliche/r Stellvertreter/in	Jürgen Grimberg
2. persönliche/r Stellvertreter/in	Andreas Richter

**n) Westfälische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Münster e. V.
- Mitgliederversammlung**

Mitglied	Dr. Peter Lüttmann
1. persönliche/r Stellvertreter/in	Jürgen Grimberg
2. persönliche/r Stellvertreter/in	Andreas Richter

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Der Rat der Stadt Rheine schlägt der Gesellschafterversammlung der Mathias Fachhochschule Rheine GmbH nachfolgend aufgeführte Personen als Mitglieder des Beirates vor:

Mitglied	persönliche/r Stellvertreter/in
Dr. Peter Lüttmann	N.N.

Sollte das Stimmrecht der Stadt Rheine in den v. g. Organen nach der Höhe des Mitgliedsbeitrages gestaffelt sein, ist der Bürgermeister bevollmächtigt, falls dieses nicht schon durch Satzung des Verbandes geregelt ist, einheitlich für die Stadt Rheine das Stimmrecht auszuüben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

V. Beirat LWL-Maßregelvollzugsklinik Rheine

Der Rat der Stadt Rheine schlägt dem Gesundheits- und Krankenhausausschuss des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) vor, Herrn Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann als Vertreter der Stadtverwaltung Rheine in den Beirat der Maßregelvollzugsklinik Rheine zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Stadtparkasse Rheine; Änderung der Satzung
- hier: Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 385/15**

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

**8. Stadtparkasse Rheine; Änderung in der Besetzung des Verwaltungsrates
- Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 378/15**

0:25:05

Herr Roscher führt aus, dass im Verwaltungsrat der Sparkasse ein Mitglied und dessen persönlicher Vertreter zu ersetzen seien. Aufgrund einer bestehenden

Vereinbarung stehe der SPD-Fraktion das Nachbenennungsrecht zu. Insofern schlage er Frau Dr. Angelika Kordfelder zum Mitglied und Frau Eva-Maria Brauer zu deren persönlichen Stellvertreterin für den Verwaltungsrat der Sparkasse vor.

Herr Reiske erklärt, dass er mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion, Frau Dr. Kordfelder zum Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse zu bestellen, Probleme habe. In der Politik und auch in der Wirtschaft sei es ein guter Brauch, dass, wenn jemand aus einem Amt ausscheide, er eine gewisse Karenzzeit einhalte, bevor er eine neue Funktion übernehme. Frau Dr. Kordfelder sei als Bürgermeisterin der Stadt Rheine bis zu ihrem Ausscheiden am 20. Oktober 2015 Vorsitzende des Verwaltungsrates der Sparkasse gewesen. Die gleichen Bedenken würden auch für die Benennung von Frau Dr. Kordfelder als Mitglied des Sozialausschusses unter dem nächsten Tagesordnungspunkt gelten. Insofern werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beide Anträge zur Umbesetzung ablehnen.

Herr Hachmann erklärt, dass die Verzichtserklärungen für das ausgeschiedene Mitglied und stellvertretende Mitglied des Verwaltungsrates Sparkasse vorliegen würden. Auch erkläre sich die CDU-Fraktion damit einverstanden, dass das ihr nach dem Sparkassengesetz zustehende Nachbenennungsrecht seitens der SPD-Fraktion wahrgenommen werde.

Herr Roscher kritisiert die Ausführungen von Herrn Reiske, die zeigen würden, dass er offensichtlich persönliche Vorbehalte gegen eine kompetente Person habe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine wählt gemäß § 12 Abs. 5 des Sparkassengesetzes NRW Frau Dr. Angelika Kordfelder, Timmermanufer 114, 48429 Rheine zum Mitglied des Verwaltungsrates Sparkasse und Frau Eva-Maria Brauer Tirolerweg 8, 48429 Rheine, zu deren persönlichen Vertreterin.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen
 11 Nein-Stimmen
 4 Stimmenthaltungen

9. Änderungen in der Besetzung des Bauausschusses und des Sozialausschusses - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.10.2015 Vorlage: 367/15

0:30:15

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag der SPD-Fraktion vom 07.10.2015 die Änderungen in der Besetzung der folgenden Gremien:

Bauausschuss:

Mitglied: SB Anna-Lena Scheinig, Buntspechtweg 11, 48432 Rheine,
 anstelle von RM Gerd Cosse

Sozialausschuss:

Mitglieder: RM Gerd Cosse anstelle von SB Anna-Lena Scheinig
SB Dr. Angelika Kordfelder, Timmermanufer 114, 48429
Rheine, anstelle von SB Christel Zimmermann

1. stellvertr. SB: SB Christel Zimmermann

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen

**10. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
- Antrag des Stadtjugendringes vom 11.10.2015
Vorlage: 376/15**

0:31:35

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag des Stadtjugendringes vom 11.10.2015 die folgende Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine:

Stellvertr. Mitglied: SB Stefan Kipp, Mühlenstr. 13, 48431 Rheine, als persönliche Vertreterin von SB Nina Wobbe anstelle von Frau Stefanie Tiekötter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH
- Abberufung eines weiteren Geschäftsführers
Vorlage: 353/15**

0:31:55

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine

1. beauftragt Herrn Dr. Peter Lüttmann, als Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH, Herrn Axel Linke mit Wirkung vom 20.10.2015 24:00 Uhr als weiteren Geschäftsführer der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH abuberufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. nimmt zur Kenntnis, dass zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Gesellschaft, der Fachbereich Bildung, Kultur und Sport der Stadt Rheine für den Fall, dass die hauptamtliche Geschäftsführung langfristig ausfällt oder dauerhaft nicht mehr zur Verfügung steht, eine nebenamtliche Interims-Geschäftsführung stellt.

12. Stellenausschreibung Beigeordnete/r "Bildung, Kultur und Sport" und "Jugend, Familie und Soziales"
Vorlage: 382/15

0:32:40

Herr Reiske stellt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag, die Entscheidung über die Stellenausschreibung zu vertagen, denn die Gesellschaft habe sich auch in Rheine heftigst gewandelt. Im Vergleich zu der Stellenausschreibung von vor 5 Jahren, die identisch sei mit dem dem Rat heute vorliegenden Ausschreibungstext, sei die neue Person für diese Beigeordnetenstelle für gigantische Aufgaben zuständig, denn die u. a. auch nach Rheine kommenden Flüchtlinge seien in die Gesellschaft zu integrieren. Auf diese neue Situation gehe die Stellenausschreibung nicht einmal ein, obwohl der Integrationsrat in der letzten Woche richtigerweise ein eigenes Amt für Migration in der Verwaltung gefordert habe. Auch seine Fraktion halte dieses Amt für unbedingt notwendig, damit die mit den Flüchtlingen verbundenen Aufgaben in der Verwaltung gebündelt würden. Insofern würden die GRÜNEN anregen, die Stellenausschreibung für eine bestimmte Zeit auszusetzen, damit der Bürgermeister mit den Fraktionsspitzen im Sinne eines anderen Miteinanders gemeinsam die bestmögliche Lösung u. a. für die Flüchtlingssituation in Rheine finden könnten.

Herr Hachmann kann die Ausführungen von Herrn Reiske grundsätzlich nachvollziehen, vertritt aber dennoch die Meinung, dass gerade aufgrund der von Herrn Reiske geschilderten Situation die Beigeordnetenstelle schnellstmöglich besetzt werden sollte. Er weist darauf hin, dass der Ausschreibungstext auch durchaus einen anderen Stellenzuschnitt im Nachhinein zulasse. Insofern vertue sich der Rat nichts, wenn er heute die Ausschreibung der Stelle auf den Weg bringe.

Herr Roscher verweist bezüglich des Migrationsamtes auf die Organisationshoheit des Bürgermeisters. Unabhängig davon könne der Rat den Aufgabenbereich der Beigeordneten festlegen. Auch Herr Roscher vertritt die Auffassung, dass, da der Ausschreibungstext eine Änderung des Zuständigkeitsbereiches zulasse, die Stelle schnellstmöglich ausgeschrieben werden sollte, zumal in dem Zuständigkeitsbereich dieser Beigeordnetenstelle auch die Fachbereichsleitung für Bildung, Kultur und Sport seit längerer Zeit unbesetzt sei. Bis zur Besetzung der Beigeordnetenstelle würden ohnehin noch einige Monate vergehen.

Herr Brunsch ergänzt, dass die derzeitige Situation auch gegenüber Frau Karasch unverantwortlich sei, denn sie habe neben ihrem eigenen Dezernat schon seit Wochen und auch noch für längere Zeit die Verantwortung für die vakante Beigeordnetenstelle übernommen. Dafür gebühre ihr großer Dank.

Ebenfalls plädiert Herr Stefan Gude dafür, die Chance zu nutzen, die vakante Stelle so schnell wie möglich auszuschreiben, um für die anstehenden schwierigen Aufgaben einen verantwortlichen Dezernenten zu bekommen. Selbstverständlich müssten bei der Geschäftsaufteilung die künftigen Herausforderungen für diesen Bereich beachtet werden.

Für Herrn Ortel sind die Ausführungen von Herrn Reiske zu den gewaltigen gesellschaftlichen Veränderungen im Bereich des Beigeordneten nachvollziehbar.

**1. Änderungssatzung zur
Satzung der Stadt Rheine über die Anstalt des öffentlichen Rechts
„Technische Betriebe Rheine“
vom _____. November 2015**

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1 Satz 1, 114 a Abs. 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW, S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2015 (GV. NRW, S. 496), hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 3. November 2015 die 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Rheine über die Anstalt des öffentlichen Rechts „Technische Betriebe Rheine“ vom 11. Dezember 2007 beschlossen.

§ 5 Der Verwaltungsrat

(3) Die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates und ihre Vertreter/innen werden gem. § 114a Abs. 8 GO NRW vom Rat für die Dauer der Wahlperiode des Rates gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 5 GO NRW sinngemäß. Verwaltungsratsmitglieder und ihre Vertreter/innen können außer Mitgliedern des Rates der Stadt Rheine auch Bürger sein, die über die erforderliche Sachkunde verfügen.

§ 14 Inkrafttreten

Diese Satzungsänderung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. 3. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 15. Dezember 2011
Vorlage: 342/15**

0:46:05

Herr Dr. Lüttmann verweist auf einen Zahlendreher im zu ändernden Text des § 1. Natürlich sei nicht das Jahr 2107, sondern das Jahr 2017 in der Textmitte des ersten Spiegelpunktes gemeint.

Herr Reiske erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung ablehnen werde, denn sie habe ebenso wie das Kreisdekanat und die Gewerkschaft ver.di verfassungsrechtliche Bedenken gegen die sonntäglichen Geschäftsöffnungen aus Gründen von Konsumwünschen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses die 3. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 15. Dezember 2011.

3. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom _____

Aufgrund des § 6 (4) des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz – LÖG NRW) vom 16. November 2006 (GV NRW S. 516), geändert durch Gesetz vom 30. April 2013 (GV. NRW.S.208), in Verbindung mit §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496) wird von der Stadt Rheine als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates vom 03. November 2015 folgende 3. Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine beschlossen:

§ 1 Ladenöffnungszeiten an Sonntagen

Verkaufsstellen dürfen über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus geöffnet sein:

Die Aufzählung wird um folgende neuen Regelungen ergänzt:

- im Jahr 2016 einmalig am 20.03.2016 aus Anlass des Frühlingsstarts „Hexen treiben den Winter aus“ für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Rodde, das Industriegebiet Güterverkehrszentrum sowie Emstor) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr, ab dem Jahr 2017 wieder am letzten Sonntag im März aus Anlass des Frühlingsstarts „Hexen treiben den Winter aus“ für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Rodde, das Industriegebiet Güterverkehrszentrum sowie Emstor) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am Sonntag nach dem 3. Freitag im August für den Bereich „Emstor“ an der Osnabrücker Straße zwischen Kardinal-Galen-Ring und dem Gewerbegebiet Altenrheine/Paschenau in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am 3. Sonntag im Oktober (Kirmessonntag) für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Rodde) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- in den Jahren 2016 (06.11.2016) und 2017 (05.11.2017) am ersten Sonntag nach Allerheiligen (Martinsmarkt) für die Bereiche „Auf dem Thie“ und „Innenstadt“ in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr.

Aus der Aufzählung werden folgende bisherige Regelungen gestrichen:

- am letzten Sonntag im März aus Anlass des Frühlingsstarts „(Hexen treiben den Winter aus“) für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Altenrheine/Paschenau, Rodde, das Industriegebiet Güterverkehrszentrum sowie Emstor) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am ersten oder zweiten Sonntag im April aus Anlass der Gewerbeschau für den Bereich des Gewerbegebietes „Osnabrücker Straße/Paschenau“ in zweijährigem Rhythmus in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr, erstmals im Jahr 2005
- am Sonntag nach dem 3. Freitag im August für den Bereich „Emstor“ an der Osnabrücker Straße zwischen Kardinal-Galen-Ring und Ortsausfahrt (in Höhe Erikaweg) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am 3. Sonntag im Oktober (Kirmessonntag) für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Altenrheine/Paschenau, Rodde) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am ersten Sonntag im November für den Bereich „Auf dem Thie“ in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr. Wenn dieser Sonntag oder der vorangehende Samstag auf einen Stillen Feiertag im Sinne des Sonntagsgesetzes fällt, wird die Sonntagsöffnung auf den nächsten zulässigen Sonntag im November verschoben
- am Sonntag nach Weihnachten in den Jahren 2014 und 2015 aus Anlass des Festes „Wichtelssonntag“ für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Altenrheine/Paschenau, Rodde) in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr

§ 2 Ordnungswidrigkeiten

§ 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:

Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 13 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

§ 4 Inkrafttreten

§ 4 wird wie folgt geändert:

Diese 3. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen
 7 Nein-Stimmen

- 15. 1. Änderungssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Rheine**
Antrag: „10 Millionen in 10 Jahren – Haushaltsmaßnahmen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen“
Vorlage: 284/15/1

0:48:10

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses die folgende 1. Änderungssatzung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Rheine:

**1. Änderungssatzung
zur Verwaltungsgebührensatzung
der Stadt Rheine
vom _____**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV NRW S. 496), der §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Mai 2015 (GV NRW S. 448), und des § 2 Abs. 3 des Gebührengesetzes für das Land NRW vom 23. August 1999 (GV NRW S. 524), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 2. Oktober 2014 (GV NRW S. 622), hat der Rat der Stadt Rheine in seiner Sitzung am 03. November 2015 folgende 1. Änderungssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung beschlossen:

**§ 10
Inkrafttreten**

Diese 1. Änderungssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft.

ANLAGE ZUR VERWALTUNGSGEBÜHRENSATZUNG DER STADT RHEINE GEBÜHRENTARIFE		
Tarif- Nr.	Gegenstand	Gebühr in €
1	Vervielfältigungen und Auszüge	
	a) Fotokopien und Ausdrücke bis zum Format DIN-A4 für die ersten 10 Seiten jeweils ab der 11. Seite jeweils	0,70 0,40
	b) bei größerem Format als DIN-A4 für jede Seite	0,90
	c) Farbkopien und –ausdrucke im Format A4 im Format A3 im Format A2	1,20 1,70 2,70
	d) Für individuell zusammengestellte Auszüge aus Schrift- stücken oder Dateien wird eine Gebühr nach dem Zeit- aufwand erhoben, der bei durchschnittlicher Arbeitsleis- tung zur Herstellung benötigt wird. Die Gebühr beträgt für je angefangene 15 Minuten	9,00
2	Beglaubigungen und Zeugnisse	
	a) Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen	2,00
	b) Beglaubigungen von Abschriften, Auszügen, Ablichtun- gen, Zeichnungen, Plänen je Seite	3,75
3	Genehmigungen, Erlaubnisse, Bescheide, Ausnahmegewill- igungen und Bescheinigungen, soweit nicht eine andere Gebühr oder Gebührenfreiheit vorgeschrieben ist je angefangene halbe Stunde	24,00
4	Erteilung von Vorrangseinräumungen und Löschungsbewilli- gungen, Freigabeerklärungen und sonstige Erklärungen für das Grundbuch (z. B. Bescheinigung zum Nichtbe- stehen/zur Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 1 S. 3 BauGB) je angefangene halbe Stunde	25,00
5	Erteilung von Zweitausfertigungen von Bescheinigungen etc.	3,00

ANLAGE ZUR VERWALTUNGSGEBÜHRENSATZUNG DER STADT RHEINE GEBÜHRENTARIFE		
Tarif-Nr.	Gegenstand	Gebühr in €
6	Ersatz für verlorene oder unbrauchbar gewordene Hundesteuermarken und Müllsiegelmarken	5,00
7	Feststellungen aus Konten und Akten je angefangene halbe Stunde	24,00
8	Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden je angefangene halbe Stunde	24,00
9	Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge, technische Arbeiten, und zwar für	
	a) Büroarbeiten je angefangene halbe Stunde	24,00
	b) Außenarbeiten je angefangene halbe Stunde	24,00
	c) Gehilfenstunden zur Vorhaltung und Beförderung von Geräten je angefangene halbe Stunde	19,00
10	Abgabe von Leistungsverzeichnissen bei öffentlichen Ausschreibungen bis 40 Seiten für jede angefangene Seite für jede weitere Seite	0,35 0,35
11	Lichtpausen und Plots	
	a) DIN-A4	8,00
	b) DIN-A3	8,50
	c) DIN-A2	10,50
	d) DIN-A1	12,50
	e) DIN-A0	14,50
	Für transparente Lichtpausen und farbige Ausdrücke per Plotter wird jeweils die doppelte Gebühr erhoben.	
12	Anfertigung von Abschriften und Auszügen aus Archivgut, Übertragungen in moderne Schrift und Übersetzungen je angefangene halbe Stunde	24,00

ANLAGE ZUR VERWALTUNGSGEBÜHRENSATZUNG DER STADT RHEINE GEBÜHRENTARIFE		
Tarif- Nr.	Gegenstand	Gebühr in €
13	<p>Für Vermessungsleistungen und Auszüge aus dem Kataster gelten die Gebührentarife und Kostensätze der Gebührenordnung für Vermessungs- und Katasterbehörden in Nordrhein-Westfalen in der jeweils gültigen Fassung.</p> <p>Ferner gelten bei Abgabe kommunaler digitaler Geodaten</p> <p>a) Im Vektorformat je angefangenen qkm 50,00 je weiteren qkm 5,00</p> <p>b) Im Rasterformat je angefangenen qkm 30,00 je weiteren qkm 2,50</p>	
14	Bereitstellung von Dateien per E-Mail oder Datenträger je angefangene 10 Minuten	8,00
15	Auszug aus dem Kassenkonto für ein Rechnungsjahr	4,00
16	Bereitstellung von Akten der Bauaufsicht zur Einsichtnahme	20,00
	Zuzüglich der Kosten pro Kopie nach Tarifstelle 1 a – d	
17	<p>Ausdrücke/Auszüge aus Mikrofilmscannern</p> <p>a) Grundgebühr 5,00 b) Ausdruck je Seite DIN-A3 3,00 c) Ausdruck je Seite DIN-A4 1,00</p>	

ANLAGE ZUR VERWALTUNGSGEBÜHRENSATZUNG DER STADT RHEINE GEBÜHRENTARIFE		
Tarif-Nr.	Gegenstand	Gebühr in €
18	Verkehrsrechtliche Anordnungen auf der Grundlage der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt):	
	a) Geh- und Radwegsperrung	
	aa) bis 1 Monat	30,00
	bb) jeder weitere angefangene Monat	10,00
	cc) Verlängerung je angefangene 4 Wochen	20,00
	dd) Zuschlag für zusammenhängende Maßnahmen, pro weitere Straße	5,00
	b) Fahrbahnspernung	
	aa) bis 1 Monat	50,00
	bb) jeder weitere angefangene Monat	10,00
	cc) Verlängerung je angefangene 4 Wochen	20,00
	dd) Zuschlag für zusammenhängende Maßnahme, pro weitere Straße	10,00
	c) Zuschlag für Mehraufwand	
	aa) Prüfung Umleitungspläne	20,00
	bb) Eilzuschlag bei Antrag < 5 WT	30,00
	cc) Ortstermin oder Besprechung, pro Termin (ausgenommen Tagesbaustellen)	40,00
	dd) selbst erstellte Verkehrszeichenpläne	150,00
	d) Daueranordnung für Geh- und Radwege (Jahresgenehmigung)	200,00

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Resolution des Rates zur Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums: Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 365/15**

0:48:35

Herr Roscher verweist auf die heutige Medienberichterstattung, wonach der Kreis Coesfeld sich genau in die Richtung bewege, von der die Stadt Rheine glaube, dass auch der Kreis Steinfurt entsprechend verfahren sollte, nämlich beim Land die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums zu beantragen. In der gestrigen Sitzung des Kreistages in Steinfurt sei ein erster Schritt hierzu unternommen worden, indem der Kreistag die Erstellung eines Integrationskonzeptes

beschlossen habe. Ferner wolle der Kreistag diesbezüglich das Einvernehmen mit den Kommunen im Kreis herstellen.

Die Stadt Rheine habe sich von Anfang an parteiübergreifend für die Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums ausgesprochen. Die SPD-Fraktion möchte mit dem heutigen Resolutionsantrag nochmals gegenüber dem Kreis und den anderen kreisangehörigen Kommunen verdeutlichen, dass in Rheine die Notwendigkeit bestehe, die personelle bzw. finanzielle Hilfe durch das Land Nordrhein-Westfalen bei der Integration von Flüchtlingen in Anspruch zu nehmen.

Kritisch merkt Herr Roscher an, dass er über den geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung sehr erstaunt gewesen sei. Insofern kündigt er an, sich über den künftigen Umgang mit Fraktionsanträgen zu einem späteren Zeitpunkt nochmals mit der Verwaltung auseinanderzusetzen.

Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass die Ergänzung zur Resolution im Beschlussvorschlag aufgenommen worden sei, weil die Verwaltung nochmals hätte deutlich machen wollen, dass die Förderrichtlinien des Landes zur Einrichtung von Kommunalen Integrationszentren nicht neu seien, sondern schon seit dem Jahre 2012 existieren würden. Die Förderrichtlinien seien somit kein Instrument, um die derzeitige Flüchtlingskrise zu bewältigen. Insofern erwarte die Verwaltung seitens des Landes Nordrhein-Westfalen ein größeres Maß an Flexibilität. Er sei der Meinung, dass der Stadt Rheine zu wenig damit geholfen sei, wenn z. B. 5 Stellen für die Integration von Flüchtlingen beim Kreis Steinfurt zur Erstellung von Konzepten eingerichtet würden. Es wäre besser, wenn die personellen Ressourcen des Landes dezentral vor Ort eingesetzt würden.

Herr Hachmann erklärt, dass die CDU-Fraktion dem SPD-Antrag zustimmen werde, weil durch die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums der Stadt Rheine bei der Bewältigung der Flüchtlingsintegration geholfen werden könne. Er würde sich wünschen, dass das Land an der einen oder anderen Stelle der Förderrichtlinien etwas flexibler gewesen wäre, denn was für eine mittelgroße Stadt wie Rheine gut sei, müsse noch lange nicht für eine kleine Kommune auch zutreffen.

Auch Herr Brunsch signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion zum Beschlussvorschlag. Er bittet allerdings darum, diesen dahin gehend zu ergänzen, dass wegen der effizienten Umsetzung eine „dezentrale“ Unterbringung der 5,5 Stellen angeregt werde.

Herr Ortel hält diese Ergänzung nicht für erforderlich, da im Resolutionstext die Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums „für das Kreisgebiet“ gefordert werde. Das beinhalte schon die Dezentralität. Entscheidend sei für ihn vielmehr die Einigkeit in der Unterstützung des Antrags. Es sei erfreulich, dass Herr Dr. Lüttmann in seiner Funktion als Bürgermeister der Stadt Rheine die Resolution unterstütze, denn bisher habe die Diskussion darunter gelitten, dass seitens des Kreises eine strikte Ablehnung aus formalen und förderrechtlichen Gründen wahrzunehmen gewesen sei.

Herr Reiske ergänzt, dass die Umsetzung der Fördermaßnahme schon im Jahre 2012/13 erforderlich gewesen wäre. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation stehe der Kreis aber nun in der Pflicht, endlich zu handeln.

Frau Floyd-Wenke weist darauf hin, dass die Förderrichtlinien ein dezentrales Konzept nicht zulassen würden, sodass der Ergänzungsantrag von Herrn Brunsch

nicht umsetzbar sei. Unabhängig davon habe der Kreistag in seiner gestrigen Sitzung ein Integrationskonzept in Auftrag gegeben, was auch als Instrument für die Antragstellung für das Kommunale Integrationszentrum genutzt werden sollte. Frau Floyd-Wenke hätte kein Problem damit, wenn das Personal künftig in Steinfurt beim Kreis stationiert würde, denn es könne unabhängig davon vor Ort in den Kommunen tätig werden.

Herr Wilp appelliert an das Land Nordrhein-Westfalen, die Förderrichtlinien etwas offener zu gestalten, denn die Hilfe müsse vor Ort stattfinden und nicht zentral beim Kreis. Die Stadt Rheine könne bei der Flüchtlingshilfe gut und gerne 2 der insgesamt 5,5 Stellen gebrauchen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, auf Antrag der SPD- Fraktion die Resolution wie in der Anlage zur Vorlage dargestellt mit Ausnahme des letzten Absatzes

„Der Rat der Stadt Rheine ist der Ansicht, dass es für eine effiziente Umsetzung dieser Maßnahmen unbedingt erforderlich ist, ein Kommunales Integrationszentrum im Kreis Steinfurt umgehend einzurichten.“

zu verabschieden.

2. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit dem Kreis Steinfurt nach Möglichkeiten zu suchen, die Mitarbeiter des Kommunalen Integrationszentrums möglichst flexibel in den kommunalen dezentralen Strukturen einzubinden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Feststellung des Jahresabschlusses 2014 und Entlastung der Bürgermeisterin a. D. Vorlage: 375/15

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

18. TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH - Feststellung Wirtschaftsplan 2016 Vorlage: 358/15

1:00:20

Herr Dr. Lüttmann weist vorsorglich darauf hin, dass die finanziellen Auswirkungen aus den Beschlüssen zu den Wirtschaftsplänen TaT und EWG (TOP 20) im Haushaltsplanentwurf 2016, der unter TOP 24 gleich eingebracht werde, noch nicht enthalten seien.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt auf Empfehlung des Aufsichtsrates den Vertreter in der Gesellschafterversammlung der TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, den vorgelegten Wirtschaftsplan 2016 der TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH gem. § 7 des Gesellschaftsvertrages festzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

19. EFRE-Projekt Energieautarker Stadtumbau Vorlage: 417/15

1:01:30

Herr Hachmann bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die Planung im Bereich der General-Wever-Kaserne ohne Verzögerungen fortgesetzt werden könne, weil die Bezirksregierung zugestimmt habe, dass das Projekt „Energieautarker Stadtumbau“ auf dem Gelände der Damloup-Kaserne umgesetzt werden könne. Insofern werde die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Roscher merkt kritisch an, dass der mit der Bezirksregierung erzielte Kompromiss nur die zweitbeste Lösung aus seiner Sicht sei. Wer glaube, dass die Stadt bei der baurechtlichen Planung auf dem Gelände der General-Wever-Kaserne ohne ökologische Aspekte auskommen werde, der irre sich. Die SPD-Fraktion habe die Hoffnung, dass Erkenntnisse aus dem EFRE-Projekt auch bei Teilflächen in der General-Wever-Kaserne Berücksichtigung finden würden. Die SPD-Fraktion sei darüber verwundert gewesen, dass sowohl die EWG als auch die Verwaltung getrennte Schreiben in dieser Angelegenheit an die Bezirksregierung gerichtet hätten. Den Auftrag des Rates, Gespräche mit der Bezirksregierung zu führen, habe er so verstanden, dass dieser Auftrag gemeinsam für die EWG und die Verwaltung gegolten habe. Ganz verwundert sei er über den nicht zutreffenden Hinweis gewesen, dass die Stadt Rheine in der Vergangenheit nur geringe Fördermittel seitens des Landes erhalten habe.

Auch in diesem Fall merkt Herr Roscher nochmals kritisch an, dass die Vorlage für die letzte Sitzung des Rates bezüglich der EFRE-Förderung im Beschlussvorschlag nicht den Empfehlungsbeschluss des Aufsichtsrates der EWG enthalten habe. Vielmehr sei dem Rat eine veränderte Beschlussempfehlung durch die Verwaltung vorgelegt worden. Aus dem Selbstverständnis der SPD-Fraktion sei dieses nicht zu akzeptieren. Insofern müsse über die Behandlung von Empfehlungsbeschlüssen der Ausschüsse und Aufsichtsräte an den Rat nochmals in einem anderen Kreis gesprochen werden.

Die SPD-Fraktion werde dennoch unter den eben aufgeführten Bedenken dem Beschlussvorschlag in der heutigen Sitzung zustimmen.

Herr Reiske freut sich über den riesigen Erfolg, dass die Stadt Rheine für 2 von insgesamt 5 EFRE-Projekten den Zuschlag erhalten habe. Dieses sei für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Rheine von immenser Bedeutung, wofür insbesondere Herrn Dr. Janssen und seinem Team großer Dank gebühre. Herr Reiske hofft, dass inhaltliche Vorstellungen aus dem EFRE-Projekt auch bei der Entwicklung der General-Wever-Kaserne mitübernommen werden könnten. Im November d. J. werde es zur Weiterentwicklung der General-Wever-Kaserne einen Workshop

geben. Auf seine Bitte sagt Frau Karasch zu, allen Fraktionen eine Namensliste über die teilnehmenden Experten für die fachliche Begleitung zur Verfügung zu stellen. Ferner sagt sie zu, die ökologischen Aspekte aus dem EFRE-Projekt bei der städtebaulichen Entwicklung der General-Wever-Kaserne zu berücksichtigen, und zwar in sehr hohem Maße.

Herr Brunsch erklärt, für die FDP-Fraktion sei es wichtig gewesen, dass durch das EFRE-Projekt die städtebauliche Entwicklung in der General-Wever-Kaserne nicht zeitlich verzögert würde. Dieses sei inzwischen sichergestellt, indem das Projekt jetzt für den Bereich der Damloup-Kaserne vorgesehen sei. Auch würden keine finanziellen Auswirkungen über den Projektzeitraum von 2019 hinaus beschlossenen, sodass die FDP-Fraktion heute dem Beschlussvorschlag zustimmen könne.

Auch Frau Floyd-Wenke signalisiert die Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und bittet Frau Karasch, die Ergebnisse aus der Expertenkommission für die städtebauliche Entwicklung der General-Wever-Kaserne auch den kleinen Fraktionen unaufgefordert zukommen zu lassen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine

1. beauftragt die EWG – Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH (EWG), auf Basis der erfolgten Rückmeldung der Bezirksregierung einen Förderantrag für das Projekt „Kompetenzzentrum energieautarker Stadtumbau“ zu stellen.
2. beschließt, dass der für die Durchführung zu erbringende Eigenanteil der EWG durch die Stadt Rheine während der Projektförderung bereitgestellt werden soll. Eine entsprechende Position ist in den Wirtschaftsplan 2016 und in die mittelfristige Finanzplanung 2017-2019 aufzunehmen.
3. nimmt zur Kenntnis, dass anstelle der Fläche General-Wever-Kaserne die Damloup Kaserne und deren Umfeld die städtebauliche Fallstudie des Projektes bilden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

20. EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH - Feststellung Wirtschaftsplan 2016 Vorlage: 359/15

1:12:45

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt auf Empfehlung des Aufsichtsrates den Vertreter in der Gesellschafterversammlung der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, den vorgelegten Wirtschaftsplan 2016 der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft

sellschaft für Rheine mbH gem. § 7 (10) Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages festzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

- 21. Nahversorgungskonzept für die Stadt Rheine
-Ergänzung zum Masterplan Einzelhandel-**
I. Vorstellung des Nahversorgungskonzeptes
**II. Beschluss des Nahversorgungskonzeptes für die Stadt
Rheine**
Vorlage: 189/15/1

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

- 22. 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18,
Kennwort: "Memeler Straße Teil A", der Stadt Rheine**
**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des
Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 368/15

1:13:05

Beschluss:

**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwick-
lungsausschusses "Planung und Umwelt"**

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsaus-
schusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB billigend zur
Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeit-
punkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und ge-
rechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fas-
sung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt
geändert durch Artikel 118 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S.
1474) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-
Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994
(GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV. NRW
S. 496) wird die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18, Kennwort: "Memeler
Straße Teil A", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu be-
schlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**23. Entwurf des Gesamtstellenplanes für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 325/15**

1:14:15

Auf Frage von Herrn Hachmann, wie viele der bis Ende 2015 einzusparenden 18 Stellen bisher tatsächlich eingespart wurden, antwortet Herr Grimberg, dass bisher 15,83 Stellen weggefallen seien.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgenden Beschluss:

Der Entwurf des Gesamtstellenplanes der Stadt Rheine für das Jahr 2016 sowie die Entwürfe der Fachbereichsstellenpläne gemäß den Anlagen 1 - 3 der Vorlage dienen als Grundlage für die weiteren Stellenplanberatungen für den Haushaltsplan 2016 in den zuständigen Fachausschüssen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**24. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 366/15**

1:15:35

Die Ausführungen von Herrn Dr. Lüttmann zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes sind als Anlage 1 und die Erläuterungen von Herrn Krümpel als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügt.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2016 zu Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt überträgt die Detailberatung des Entwurfes des Haushaltsplanes (einschl. der Investitionsprojekte) und damit verbunden die Beratung der fünfjährigen Ergebnis- und Finanzplanung den zuständigen Fachausschüssen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

25. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

25.1. Nutzung der ehemaligen Polizeistation zur Unterbringung von Flüchtlingen

1:58:30

Herr Frank Hemelt, Sacharowstraße 3, 48432 Rheine, bezieht sich auf die Medienberichterstattung, wonach die ehemalige Polizeistation in Rheine an der Gartenstraße für die Unterbringung von Flüchtlingen in Anspruch genommen werden solle. Er möchte wissen, für welchen Zeitraum die Nutzung dieses Gebäudes für wie viele Flüchtlinge vorgesehen sei.

Herr Dr. Lüttmann sagt eine schriftliche Antwort zu.

25.2. Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums

2:00:05

Herr Frank Hemelt, Sacharowstraße 3, 48432 Rheine, bezieht sich auf die heutige Beratung zur Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums (KIZ) und erklärt, dass bis Mitte nächsten Jahres auf Kreisebene das Migrationskonzept erstellt sein solle, das die Grundlage für den Einrichtungsantrag beim Land für ein KIZ sein solle. Nach seinem Kenntnisstand seien zu dem Zeitpunkt die Fördervoraussetzungen bereits abgelaufen. Insofern stellt er die Frage, ob es korrekt sei, dass für den Antrag auf Einrichtung eines KIZ beim Land eine Mindestlaufzeit von 2 Jahren einzuhalten sei vor dem Hintergrund, dass der Erlass zur Einrichtung eines KIZ im Sommer 2017 voraussichtlich mit der Ablösung der rot-grünen Regierung enden werde.

Herr Dr. Lüttmann sagt Herrn Hemelt auch zu dieser Frage eine schriftliche Antwort zu.

25.3. Bebauungsplan Ems-Galerie - Breite der Straße Katthagen

Herr Frank Hemelt, Sacharowstraße 3, 48432 Rheine, verweist auf die Vorlage 401/11, die im Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“ am 7. Dezember 2011 und im Rat am 13. Dezember 2011 beraten und beschlossen worden sei. Es handele sich hierbei um den Bebauungsplan Ems-Galerie, gegen den auch er seinerzeit Einwendungen erhoben habe. In dem Bebauungsplan sei für die Straße Katthagen eine Breite von 6 m verbindlich vorgesehen. Er möchte wissen, ob die im Bebauungsplan verbindlich vorgegebene Breite der Straße Katthagen von 6 m auch noch bei der gegenwärtigen Baudurchführung gewährleistet sei.

Herr Dr. Lüttmann sagt Herrn Hemelt auch zu dieser Frage eine schriftliche Antwort zu.

26. Anfragen und Anregungen

26.1. Ein anderes "Miteinander"

Herr Weßling erklärt, dass er immer noch schockiert sei über die Ausführungen von Herrn Reiske zu dem Besetzungsvorschlag der SPD-Fraktion mit Frau Dr. Kordfelder für den Verwaltungsrat Sparkasse. Solche Worte für einen Menschen, der sich über 11 Jahre häufig bis an die Grenze der menschlichen Belastbarkeit für die Interessen der Stadt Rheine eingesetzt habe, halte er für unwürdig. Sie würden aber auch deutlich zeigen, wie einige Mitglieder des Rates über die ehemalige Bürgermeisterin denken würden. Die Ausführungen von Herrn Reiske seien kein Beitrag für ein anderes Miteinander gewesen.

Ende des öffentlichen Teils:

19:07 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Theo Elfert
Schriftführer